

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Angelika Beer, Amke Dietert-Scheuer, Dr. Manuel Kiper, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/8914 –

Die Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland – aktueller Stand und Entwicklungsmöglichkeiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach 50 Jahren der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien ist es an der Zeit, auf der Grundlage einer umfassenden Bilanz neue Perspektiven für eine Intensivierung und qualitative Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit zu entwickeln.

Indien und die bilateralen Beziehungen zu Indien sind für die Bundesrepublik Deutschland von größter Bedeutung. Mit fast einer Milliarde Einwohner ist Indien nach China das bevölkerungsreichste Land der Erde. Schon heute steht Indien nach der Höhe des Bruttosozialproduktes weltweit an zehnter Stelle aller Industrienationen. Innerhalb der letzten Jahre entstand in Indien eine kaufkräftige Mittelschicht von ca. 200 Millionen Menschen, die annähernd westliches Konsumniveau erreichen. Weil die indischen Märkte lange Zeit weitgehend abgeschottet waren, ergeben sich jetzt große Marktchancen sowohl für internationale Unternehmen als auch für kleine und mittelständische Unternehmen. Mit Wachstumsraten von durchschnittlich 5 % in den letzten Jahren sind die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung Indiens sehr gut. In einigen Bereichen, wie z. B. der Softwareindustrie, hat Indien Weltniveau erreicht und ist ein sehr interessanter Partner für westliche Unternehmen. Allerdings ist ein Großteil der Investitionen unter Gesichtspunkten wie Nachhaltigkeit und angepaßter Technologie noch nicht zufriedenstellend und nach wie vor in sozial und ökologisch höchst bedenklichen Sektoren konzen-

triert. Konzepte zum Ausbau der mittelständischen Kooperation, zur besonderen Förderung angepaßter Technologien sowie umweltschonender Produktions- und Wirtschaftsweisen sind in der bisherigen Politik der Bundesregierung deutlich zu kurz gekommen. Insbesondere die von Mohandas Karamchand Gandhi geprägten ökonomischen Konzepte (nachhaltige, sanfte Entwicklung auf der Basis lokaler Ressourcen), deren Bedeutung erst in den letzten Jahren im Rahmen des Rio-Prozesses (Lokale Agenda 21) wahrgenommen wurde, sind bisher nicht einmal in Ansätzen realisiert, bieten aber große Chancen für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung.

Trotz der großen wirtschaftlichen Erfolge konnte Indien das Problem der Massenarmut bisher nicht lösen. Nach verschiedenen Untersuchungen leben ca. 40 % der Einwohner unter der Armutsgrenze und ein großer Teil der Bevölkerung nur knapp darüber.

Indien ist immer noch das größte Empfängerland deutscher bilateraler Entwicklungszusammenarbeit. Nach wie vor geht aber ein Großteil der Gelder in Großprojekte, wie z. B. Neyveli (ein Braunkohlekraftwerk mit angeschlossenem Tagebau) oder Projekte, die hinsichtlich Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung nicht der selbstdefinierten Schwerpunktsetzung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) entsprechen. Ein Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das die Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit vorrangig im Bereich Armutsbekämpfung, Ressourcenschutz, Grundbildung (insbesondere für Mädchen und Frauen) und in der Entwicklung, Umsetzung und Anwendung von alternativen Technologien sieht und entsprechende Projekte in großem Umfang fördert, verfolgt die Bundesregierung nur halbherzig. Durch Großprojekte im Energiesektor werden nach wie vor Tausende von Menschen, meist Adivasi, durch Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage in ihrer Existenz bedroht.

In der Umweltpolitik wird Indien seiner nationalen und globalen Verantwortung bisher nicht gerecht. Veraltete Technologien und laxer Umgang mit Umweltgesetzen und Vorschriften führen zu einer Verschmutzung in gigantischem Ausmaß, die schwere Gesundheitsschäden bei vielen tausend Menschen zur Folge haben. Bei der CO₂-Reduzierung oder dem FCKW-Ausstieg gibt es auf indischer Seite bisher noch keine ernsthaften Bemühungen. Im Rahmen einer konsequenten, globalen Umweltpolitik muß die Bundesregierung versuchen, Indien die Bedeutung dieser Aufgaben zu vermitteln, und die erforderlichen Schritte tatkräftig unterstützen.

Wichtig für die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die Tatsache, daß Indien aufgrund ehrgeiziger Militärprogramme über Atomwaffen verfügt und zu einem entscheidenden regionalen Machtfaktor geworden ist. Deswegen wird Indien in den Augen der Nachbarstaaten eher als Bedrohung denn als politischer Impulsgeber angesehen. Mit dem Nachbarland Pakistan besteht ein tiefgreifender und hochkomplexer Konflikt, in dessen Zentrum Kaschmir steht. Die Auseinandersetzungen um Kaschmir haben bereits zu drei Kriegen geführt und destabilisie-

ren die gesamte Region weiterhin, so daß Kaschmir einer der brennendsten Konflikte der Erde ist. Den ersten ermutigenden Schritten auf eine Entspannung hin, die der ehemalige indische Premierminister I. K. Gujral durch Aufnahme direkter Gespräche mit seinem pakistanischen Kollegen getan hat, sind bisher keine konkreten Ergebnisse gefolgt. Dennoch ist diese sog. Gujral-Doktrin gerade angesichts der stagnierenden Beziehungen zwischen Indien und Pakistan und einem drohenden Rückschritt soweit wie möglich zu unterstützen. Schritte zur Deeskalation und vertrauensbildende Maßnahmen können ein wichtiger Anfang für zivile Konfliktbearbeitung in Südasien sein.

In diesem Zusammenhang sind auch die Schritte zu begrüßen, die die Indische Regierung seit einigen Jahren zum besseren Schutz von Menschenrechten ergriffen hat, insbesondere die Einrichtung einer Nationalen Menschenrechtskommission und die Arbeitserlaubnis für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Jammu und Kaschmir. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung im bilateralen Dialog darauf hinwirken, daß die Indische Regierung ihre Bemühungen um einen besseren Schutz der Menschenrechte fortsetzt.

Mit seinem Nachbarland Bangladesch hat Indien einen wichtigen Konflikt gelöst und einen Vertrag über die gemeinsame Nutzung von Wasser aus dem Flußsystem des Ganges abgeschlossen. Die pragmatische Lösung des Wasserproblems, das in ganz Asien innerhalb weniger Jahre gigantische Ausmaße annehmen wird, kann für die ganze Region Vorbildcharakter haben.

Die politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Indien waren lange Zeit durch den Ost-West-Konflikt geprägt, wobei die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sehr unterschiedliche Konzepte verfolgten. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes kam es zu keiner grundlegenden Neuorientierung der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien. Die Länderkonzepte der letzten Jahre zur Entwicklungszusammenarbeit mit Indien enthalten keine Visionen oder richtungsweisenden Konzepte für eine quantitative und qualitative Ausweitung der Zusammenarbeit. Die mangelhafte Abstimmung zwischen Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaftspolitik und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit sowie kulturellem Austausch konnte bislang nicht überwunden und die bilateralen Beziehungen nicht kohärent gestaltet werden. Nötig ist ein neues, integriertes und kohärentes Asienkonzept, das sich nicht weitgehend auf Südostasien beschränkt und der besonderen Rolle Indiens und Südasiens gerecht wird.

Es ist 50 Jahre nach Erreichung der indischen Unabhängigkeit und sieben Jahre nach der deutschen Einheit an der Zeit, die Deutsch-Indischen Beziehungen auch im Kontext der europäisch-asiatischen Zusammenarbeit neu zu bestimmen. Indien ist neben China, angesichts seiner menschlichen Ressourcen, seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungspotentiale, eine der kommenden Weltmächte des 21. Jahrhunderts. Die demokratischen Strukturen Indiens sind gut entwickelt und breit verankert, so daß die Rahmenbedingungen auch in Zukunft aller Wahr-

scheinlichkeit nach stabil bleiben werden. Der bedeutende Unterschied Indiens ist seine grundlegende demokratische Verfaßtheit im Gegensatz zur kommunistischen Diktatur in China. Indien ist potentiell ein ausgleichender Faktor in der Region. Diese Rolle wird es aber nur ausfüllen können, wenn der säkulare Grundkonsens der Staatsgründung erhalten bleibt. Eine aus nativistischen Impulsen geborene Hegemonialstrategie in der Region, insbesondere gegenüber den angrenzenden Staaten wird eine gedeihliche Entwicklung auf dem Subkontinent verhindern. Die akuten Krisen in den Boomländern Südasiens haben u. a. gezeigt, daß wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne demokratische Strukturen und pluralistische Gesellschaften möglich ist. Es liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, unter Berücksichtigung all dieser Aspekte die Beziehungen zu Indien neu zu bestimmen und zu intensivieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Politikbereiche Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Außenwirtschaftsbeziehungen sowie kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen, Forschung und Tourismus zu einem integrierten, kohärenten Konzept zusammenzuführen und beständig fortzuentwickeln, sowie dabei die Expertise von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Expertinnen und Experten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern und der interessierten Fachöffentlichkeit einzubinden;

im Bereich

Außen- und Sicherheitspolitik

- den Stellenwert, den die Deutsch-Indischen Beziehungen haben, deutlich zu betonen;
- das Asienkonzept der Bundesregierung und die Asienkonzepte einzelner Ressorts (wie dem BMZ) einer substantiellen Revision zu unterziehen und ein spezielles, zukunftsweisendes und kohärentes Regionalkonzept für Südasien und die anderen Regionen Asiens auf den Grundlagen der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung zu entwickeln;
- die außenpolitischen Initiativen der EU über Troika-Missionen hinaus stärker abzustimmen und dafür institutionalisierte Mechanismen zu entwickeln, um so eine kohärente Südasien-Politik zu entwickeln;
- Indien als potentiellen Vermittler von Konflikten in angrenzenden Regionen zu unterstützen, seine stabilisierende Rolle für die Region anzuerkennen und multilateral die drohenden Konfliktlinien in Bangladesch, Birma, Afghanistan und in Zentralasien präventiv anzugehen;
- die gemeinsame, gegenseitige Verantwortung der südasiatischen Staaten für Frieden und Entwicklung der Region zu betonen und die Partnerschaft in der Region zu fördern;

- Ansätze zur nicht-militärischen Konfliktprävention für zwischenstaatliche und innerstaatliche Auseinandersetzungen in Südasien sowie für die friedliche Lösung von ethnischen Konflikten und von Konflikten, die auf Verteilungsungerechtigkeiten beruhen, zu entwickeln und durch alle geeigneten Maßnahmen entschieden zu fördern;
- die Bedeutung der Südasiatischen Assoziation für Regionale Kooperation (SAARC) als ein wichtiges, zukunftsorientiertes Instrument zur Förderung des regionalen Politikdialoges und der Friedenserhaltung zu betonen, die Weiterentwicklung und Stärkung der SAARC gemeinsam mit den EU-Partnern zu fördern, um über den bisher verfolgten, hauptsächlich wirtschaftlichen Ansatz hinaus zu größerer politischer Zusammenarbeit im Rahmen der SAARC zu gelangen;
- die Bedeutung von Politikfeldern wie Umwelt, Kultur, Bildung und Forschung innerhalb der SAARC zu stärken und dazu auch die Erfahrungen einzubringen, die beim Integrationsprozeß in der EU gesammelt werden konnten;
- die Partnerländer der SAARC von der Wichtigkeit eines regionalen Staatenbundes zu überzeugen und konsequente, weitreichende Schritte zu einer intensiven Kooperation zu unterstützen;
- die militärische Kooperation und Rüstungszusammenarbeit mit Indien zu beenden, weil die Machtkonzentration Indiens in Südasien ein gefährliches Konfliktpotential darstellt;
- im bilateralen Dialog mit Indien über Minen, Massenvernichtungswaffen und insbesondere Atomwaffen an die besondere Verantwortung Indiens zu appellieren, Indien und Pakistan zu gemeinsamen Schritten zu einer Verringerung des Rüstungsniveaus und insbesondere zu einem Verzicht auf Atomwaffen und zu einer Unterzeichnung des Minenprotokolls (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung zum VN-Waffenübereinkommen) sowie des am 3./4. Dezember 1997 in Ottawa von 121 Staaten unterzeichneten Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung zu bewegen;
- aktiv Ansätze zu entwickeln und zu unterstützen, die die politische Dialogfähigkeit von Indien und Pakistan verlässlich wiederherstellen und langfristig sicherstellen;
- Indien und Pakistan von der Bedeutung regionaler Zusammenarbeit zu überzeugen und beide Länder zu ermutigen und zu unterstützen, durch den bilateralen Dialog miteinander einer Entspannung und Lösung der bestehenden Konflikte (insbesondere in Kaschmir) näherzukommen;
- die indischen Konzepte, die in den außenpolitischen Beziehungen zu den südasiatischen Nachbarn den Anspruch der Reziprozität zurückstellen und den kleineren Ländern entgegenkommen (Gujral-Doktrin), ausdrücklich und tatkräftig zu

unterstützen und ggf. auf eine Fortführung dieses Konzeptes zu drängen;

Entwicklungszusammenarbeit

- in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, Bildung und Umweltschutz, die bisher nur in einem kleinen Teil der Projekte einen zentralen Stellenwert einnehmen, auf die gesamte Finanzielle und Technische Entwicklungszusammenarbeit mit Indien auszuweiten;
- die Bedeutung von alternativen Technologien und angepaßten, nachhaltigen Verfahren und Techniken bewußt zu machen und verstärkt in gemeinsamen Projekten solche Technologien zu entwickeln und anschließend auf breiter Basis in den Markt einzuführen;
- in der Entwicklungszusammenarbeit darauf hinzuwirken, daß der enorme zusätzliche Energiebedarf in Indien und Südasien über eine dezentralisierte Energieerzeugung und durch erneuerbare Energiequellen gedeckt wird. Hierbei sollte auf eine maximale Reduktion der fossilen Brennstoffe und Atomkraft, eine Minimierung von Energieverlusten im Verteilersystem sowie auf eine differenzierte, kostengerechte Preisgestaltung geachtet werden. Der Ausbau von Solar- und Windenergie sollte gezielt gefördert werden;
- Bildung und Ausbildung insbesondere für stark benachteiligte Gruppen wie Frauen, Dalits und indigene Bevölkerungsgruppen (Adivasi) auszuweiten und zu fördern;
- im Umgang mit den indigenen Bevölkerungsgruppen (Adivasi) Maßnahmen zu prüfen, die das soziale und kulturelle Überleben dieser Gruppen sicherstellen können;

Außenwirtschaftsbeziehungen

- Joint Ventures in Bereichen, die ökologisch und sozial nachhaltig sind, zu fördern und die Kooperation von mittelständischen Unternehmen in Indien und der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen;
- als Zeichen für die Bedeutung, die in Deutschland ökologischen und sozialen Mindeststandards beigemessen werden, keine Hermes-Bürgschaften mehr für solche Projekte zu gewähren, die nicht ökologisch und sozial nachhaltig sind;

Kulturelle Beziehungen, Forschung und wissenschaftliche Zusammenarbeit, Tourismus

- die Deutsch-Indische Beratergruppe zu einem bilateralen Deutsch-Indischen Rat aufzuwerten, der interdisziplinär mit ausgewiesenen Experten besetzt ist, halböffentlich tagt, mit Kompetenzen ausgestattet ist, schnell und kompetent ent-

scheiden und die Kontinuität in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen befördern kann;

- der zunehmenden Distanz der auf kulturellem Gebiet traditionell engen Beziehungen mit Indien entschieden entgegenzuwirken und die als Symbolträger der kulturellen Zusammenarbeit angesehenen Goethe-Institute/Max-Müller-Bhavans durch eine konsequente, phantasievolle Förderung zu erhalten und weiter auszubauen sowie den gegenseitigen Austausch von Künstlern und Jugendlichen verstärkt zu fördern;
- den Stellenwert der kulturellen Zusammenarbeit ausdrücklich zu betonen und auch dadurch deutlich machen, daß die dafür benötigten Gelder zur Verfügung gestellt werden;
- Regionalpartnerschaften zwischen den deutschen Bundesländern und indischen Bundesstaaten zu fördern;
- Modelle von ökologisch und sozial angepaßten regionalen Wirtschaftsweisen nach den Ideen von Mahatma Gandhi gemeinsam zu entwickeln und sowohl in Indien als auch in Deutschland umzusetzen und zu fördern.

Bonn, den 25. März 1998

Dr. Angelika Köster-Loßack

Angelika Beer

Amke Dietert-Scheuer

Dr. Manuel Kiper

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

